

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 250 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 5000 M.
In Pommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Die-ge-
spaltene Zeile 600 M., auswärts 700 M. Die Reklam-
zeile 2500 M., auswärts 3000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 126

Sonnabend, den 2. Juni 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckachen 3290.

Die Gewerkschaften gegen das Industrieangebot.

Es war selbstverständlich, daß die Organisationen der Arbeitnehmer das erpresserische Angebot der deutschen Industrie nicht stillschweigend hinnehmen konnten. Die doch das Angebot der Industrie, daß in seinen Zahlen gänzlich unzulänglich war, darauf hinaus, die dem Reich zu opfernden Summen nicht von den Niedriggewinnen der Industrie abzuziehen, sondern sie auf Kosten der Arbeiter durch Durchlöcherung des Achtstundentages und ungehemmte Preispolitik herauszuwirtschaften. Hiergegen wendet sich die Einigkeit, die die freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an den Reichstagsler gerichtet haben und in der es heißt:

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat der Reichsregierung ein Schreiben übermittelt, in dem er erklärt, in welchem Umfang und in welcher Form er die Veranlassung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Arbeitsdienst möglich und angängig erachtet. Die unterzeichneten Gewerkschaften sind nicht zu einer Anerkennung ausgedrückt worden. Da es sich jedoch um eine Frage allergrößter Bedeutung sowohl für das Reich wie auch für die deutsche Arbeitnehmerschaft handelt, besonders auch für den gewerkschaftlichen Abwehrkampf an der Ruhr, haben sich die unterzeichneten Gewerkschaften veranlaßt, Ihnen, Herr Reichstagsler, ihre Meinung zu unterbreiten.

Wir erkennen an, daß die Stellungnahme der Industrie endlich die grundsätzliche Zustimmung zum Gedanken der Sachwerterfassung bringt. Diese Zustimmung wird aber nahezu wirkungslos durch die außenpolitischen und innerpolitischen Voraussetzungen, die die Industrie daran knüpft. Auf die außenpolitischen Voraussetzungen verweisen wir uns aus naheliegenden Gründen gegenwärtig einzugehen. Die innerpolitischen Voraussetzungen scheinen uns das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat völlig zu verfehlen. Die Industrie versucht hier, mit dem Staat als unabhängige Macht zu verhandeln und stellt Forderungen, wo es sich darum handelt, die Bürgerpflichten gegen den Staat zu erfüllen. Die Haltung der Industrie läßt den Schluss zu, daß sie das Gesamtproblem der Reparation über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen will. Die Staatsautorität müßte unerträglich geschwächt werden, wenn die Reichsregierung sich auf Bedingungen des Reichsverbandes einließ.

Die Sachwerterfassung kann nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung verwirklicht werden. Die Verbreitung dieses Weges wird die uneingeschränkte Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft finden.

Die Forderungen der grundsätzlichen Kernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung würde zunächst wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten. Das heißt, es würde lediglich die Produktion der Wirtschaftsmotoren der Wirtschaft sein und gemeinwirtschaftliches Denken vollständig erlöschen. Es ist für uns unmöglich, über die Preisgabe des Achtstundentages, Aufhebung aller Entlassungsbeschränkungen und anderen in dieser Richtung erhobenen Forderungen des Reichsverbandes zu verhandeln.

Das Verlangen, die Reichs- und Staatsbetriebe auf die Höhe der vollen Leistungsfähigkeit zu bringen, ist eine alte Forderung der Gewerkschaften und wird daher von uns unterstützt. Es darf aber kein Zweifel daran bestehen, daß für die unterzeichneten Spitzenverbände eine Privatisierung dieser Betriebe ausgeschlossen ist.

Das Schreiben der Industrie läßt erkennen, daß sie den Blick vornehmlich auf die Schonung der Privatwirtschaft und des Privatvermögens richtet und daß sie unberücksichtigt läßt, daß die Erhaltung dieses Vermögens von der Erhaltung des Staates und seiner Wirtschaft abhängt. Nur so erklärt sich die Haltung der Industrie, die den Grund und Zweck, als ob sie dem Reiches Verhältnissen auferlegen könnte. Eine Herausforderung aber in das Verlangen, daß Regierung und Volk sich zu beratigen Grundlagen sowie zu deren wirksamen Verwirklichung bekennen sollten.

Wir vermessen in dem Schreiben des Reichsverbandes den Willen an ausreichender Steuerleistung. Es wäre um so weniger, als die Arbeitnehmerschaft es nicht verstehen kann, daß sie bei der Besteuerung mit dem vollen Gewinne belastet wird, während Industrie, Handel und Landwirtschaft infolge der Geldentwertung nach wie vor nur geringe Bruchteile der vom Wirtschaftgeber beabsichtigten Steuerleistung aufbringen. Wir empfinden es als unerträglich, daß die Industrie ihre wirtschaftliche Macht durch Stellung von Bedingungen bei Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten auszuüben sucht. Die Volkswirtschaft, die hinter den von den unterzeichneten Spitzenverbänden vertretenen Gewerkschaften stehen, erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie von Regierung und Reichstag eine Verteilung der Reparationslasten erwarten, die vor allem die großen künftigen und unfundierten Vermögen zur Deduktion heranzieht.

Reparation und interalliierte Schulden

Belgische Hoffnungen.

Der Pariser „Eclair“ veröffentlicht ein Interview mit dem Belgier Harnich, dessen Reparationsplan in den Kreisen der Reparationskommission Aufmerksamkeit gefunden hat. Harnich ist der Meinung, daß Deutschland 3 Mrd. Mark als Mindestleistung bieten könne. Diese Summe dürfte Frankreich nicht für gering halten, vorausgesetzt, daß die 26 Milliarden an Reparationen werden, die Frankreich den anderen Verbündeten schuldet. Harnich hält es für notwendig, daß an den französisch-belgischen Verhandlungen auch Italien teilnehmen müsse. Mussolini habe mit großer Entschiedenheit erklärt, daß die deutsche Schuld nur dann herabgesetzt werden könne, wenn auch die Kriegs-

schulden der Alliierten verringert werden. Er sei also in dieser Beziehung mit Frankreich und Belgien einig. Sobald diese drei Mächte sich verständigt hätten, müßten sie gemeinsam die Frage an England richten, zu welchen Opfern es bereit wäre. Das englische Volk sei geneigt, die größten Opfer zu bringen; hoffentlich werde die englische Regierung ebenso denken wie das englische Volk. Danach müßten die vier europäischen Großmächte sich an Amerika wenden, um auch die amerikanische Regierung zur Streichung der Forderungen zu veranlassen.

Die unbequeme Saar-Untersuchung.

Das französische Regierungsblatt, der „Temps“, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Londoner

Meldung, daß Lord Robert Cecil in der nächsten Sitzung des Völkerbundes eine internationale Untersuchung der Saarfrage beantragen wolle. Ein solcher Antrag oder gar der Beschluß einer solchen Untersuchung als Folge einer „Kampagne gegen Frankreich“ würde alle Gegner der französischen Politik ermutigen und zu gleicher Zeit das „Ansehen“ der Regierungskommission im Saargebiet vernichten. Der Völkerbund hätte auch gar nicht die Möglichkeit einzugreifen, ohne die Arbeiten in den Gruben des Saarlandes zu erschweren (!). Frankreich würde seine Rechte nicht Belgien überlassen und in keinem Falle zugeben, daß zwischen seinen Grenzen und dem besetzten Rheinland ein Herz für „Unruhen aller Art“ geschaffen werde. Im Interesse des Völkerbundes und im Interesse der allgemeinen Ruhe wäre es also klüger, auf den Antrag einer internationalen Untersuchung zu verzichten. (Die Ablenkungsmanöver des „Temps“ können an dem Tatbestand nichts ändern, daß die öffentliche Meinung Englands die französische Saarpolitik auf das schärfste verurteilt. D. Red.)

Die Schuld der deutschen Kapitalsgewaltigen.

1 Dollar 75 000 Mk.

Noch vor kurzem wurde an der Börse die österreichische und polnische Währung als „Lumpenvaluta“ bezeichnet, ein drastischer Ausdruck für die Minderwertigkeit der Währung in diesen beiden Ländern, für die niemand einen Pfennig Kredit übrig hatte. Jetzt ist der Dollar auf über 75 000 Mark gestiegen, die polnische Mark hat die deutsche überflügelt und die österreichische Krone steht pari mit der Mark. Damit ist jetzt die deutsche Währung in die Rolle der Lumpenvaluta gerückt! Kann irgendetwas die grauenhafte Lage Deutschlands plastischer zum Ausdruck bringen als dieser Umstand?

Es werden nun wieder tiefsinnige Betrachtungen angestellt werden über die mangelhafte Aktivität der Reichsbank und über den Rückschlag des neuen Marksturzes auf die Inflation. Man wird wieder allerlei Rezepte geben, wie ein weiterer Sturz aufzuhalten sei. Vielleicht werden sogar einige dieser Rezepte vorübergehende Erfolge bringen, aber im ganzen ist das Schicksal der Mark besiegelt. Ihr Fall ist hoffnungslos. Daß der Dollar bald den Stand von 100 000 Mark erreichen wird, wie schon vor Wochen von eingeweihten Kreisen behauptet wurde, dafür sprechen alle Erfahrungen.

Daß es so kommen mußte gerade unter der Herrschaft der Regierung Brüder-Cuno, ist ein Beweis dafür, wie machtlos die Wirtschaft dem Staat überflügelt hat und wie wenig das heutige politische Wissen ausreicht, die Wirtschaft dem Staat unterzuordnen. Das Kabinett Cuno sollte nach innen und nach außen ein Kabinett des Vertrauens sein. Vor allem sollte dieses Kabinett, weil es sozialistischer und obendrein aus nur angeblichen Fachmännern gebildet war, die Wirtschaft wieder fester an den Staat fesseln, sie dahin bringen, daß dem Staate von ihr endlich jener Tribut gezollt werde, den er zu seinem Leben braucht. Die Regierung Cuno begann mit Lohnstabilisierung, statt mit Preisabbau. Die wirtschaftlichen Verbände und Kartelle nahmer diese Vorgangsweise freudig hin, aber ihr Appetit mehrte sich beim Essen und sie trieben auch weiter die Preise in die Höhe. Die Stabilisierung der Mark erzielte gewaltige Mittel. Um letzte Reserven nicht zu verbrauchen, sollte die Dollaranleihe jene Mittel aufbringen, mit denen die Mark gehalten werden konnte. Angehts der Tatsache, daß der Feind im Lande stand und die wichtigsten Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens in seinen Händen hielt, hoffte die Regierung Cuno auf eine große Zeichnungsfreudigkeit der deutschen Wirtschaft. Aber die Dollaranleihe endete mit einem gewaltigen Mißschlag, statt Devisen in nennenswertem Umfang herzugeben, setzte Panikstimmung in großem Maße ein. Keine Devisenverordnung konnte die Wirtschaft davon abhalten, der Mark zu entfliehen, kein Brüder und kein Cuno konnte sie zwingen, den Staat durch Opfer vor dem finanziellen Verfall zu schützen. Der Wirtschaft schwebt, das haben gerade die letzten Monate bewiesen, immer nur der eigene Vorteil vor, nicht der Vorteil der Allgemeinheit.

Politisch gesehen, ist der neue Marksturz ein Zeichen des Mißtrauens, das die deutsche Wirtschaft an die Erfolge ihres eigenen Kabinetts, des Kabinetts Cuno knüpft. Die Inflation, die dem deutschen Volke alle Erleichterungen bringen sollte, wenn es in seinem Widerstande verharrte, ist in den Augen der deutschen Wirtschaft schon heute eine verpuschte Angelegenheit. Wohl läßt sie durch ihre Presseorgane weiter das Durchhalten predigen, sie selbst aber hat nie ernsthaft auf diese Karte gesetzt. Sie weiß, wie rein finanzwirtschaftlich von ungefähr das Ende aussehen wird, und deshalb tut sie nichts, um das Durchhalten praktisch zu ermöglichen. Sie deckt im Gegenteil sich rechtzeitig mit wertbeständigen Sachgütern ein, häuft Rohstoffe und Devisen, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Auch die Einkäufer! Das ist der Wahlspruch

der deutschen Wirtschaft geworden, auch im Zeichen der Inflation, die allen anderen Schichten die größten Entbehrungen gebracht hat.

Während durch die deutsche Lumpenvaluta neue Not und neues Elend über die breiten Massen hereinbrechen werden, wird die Lumpenvaluta für die Sachwerthehaber zu einem glänzenden Geschäft. Jetzt lassen sich leicht alte Schulden abstoßen, und den Exporteuren winken, bei den deutschen Hungerlöhnen, neue herrliche Gewinne. Der Staat aber, der die Wirtschaft beherrschen soll, ist der Nachzügler der Wirtschaft geworden. Sie hält die Hand an seiner Gurgel, und es wird Aufgabe der Arbeiterklasse sein, zu verhindern, daß mit dem Verfall des Staates nicht auch ein ganzes Volk zugrunde gehe.

Die Presse als Kapitalsdienerin.

Die Danziger Kapitalistenpresse hütet sich natürlich, ihren Lesern die wahren Ursachen der letzten Markkatastrophe mitzuteilen. Dafür ergeht sich das hiesige Stinnes-Fuchs-Blatt fast täglich in etrer wüsten Hege gegen den Gen. Severing, dem die Schuld an den Streikunruhen im Ruhrgebiet zugeschrieben wird. Daß die deutschen Kapitalisten durch ihre Wucherpolitik und ihre erpresserische Profitgier erst den Boden für die Unruhen geschaffen und durch die Teuerung die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben haben, kümmert das Kapitalistenorgan nicht. Wirtschaftliche Not der Arbeiterklasse kennt das Blatt nicht.

Denn es ist natürlich eine einfache Fälschung, (!) wenn behauptet wird, daß die Lohnfrage der Drehpunkt des ganzen Putzsches gewesen sei. Davon kann keine Rede sein, sie war nur der Vorwand, mit dessen Hilfe es gelang, die unruhigen Elemente unter den Arbeitern zu gewinnen oder wenigstens zu einer gewissen Neutralität zu bringen, so daß die Arbeitslosen mit Hilfe des von allen Seiten ins Ruhrgebiet herangekehrten Raub- und Mördergeschwades terrorisiert werden konnten.

Daß sich die im Ruhrgebiet zweifellos vorhandenen Radikalelemente nur deshalb breitmachen konnten, weil das Ruhrgebiet durch die Franzosen der notwendigen Polizeikräfte beraubt worden ist, kümmert das Fuchsorgan nicht. Natürlich wird auch gegen andere Sozialdemokraten weiter gehegt. Daß es in Dresden und Bauen zu Unruhen gekommen ist, ist auch nur Schuld der sozialistischen Regierung Sachsens. Das braucht sich das kapitalistische Organ um die wirtschaftlichen Ursachen solchen Vorkommnisse zu kümmern? Natürlich wird in Industrieländern wie Sachsen die Arbeiterklasse durch Teuerung und Arbeitslosigkeit am schwersten heimgesucht. Die Folgen sind dann die bedauerlichen Vorkommnisse.

Während das Blatt für die Not der hungernden Arbeiter kein Verständnis hat, nimmt es sich mit um so ruhrenderer Sorgfalt der deutschen Kapitalisten an, die sich um die für Deutschland notwendigen Zahlungen drücken wollen. Daß der „Vorwärts“ geschrieben hatte, die Industrie lasse sich nur von Gewinnabsichten leiten, ist nach Meinung der „D. N. N.“ eine schwere Beleidigung der opferbereiten deutschen Großkapitalisten.

„All diese Angriffe dürften aber doch am Kern der Sache erheblich vorbeistreichen, da sie übersehen, daß nicht die Gewinne der Industrie, sondern das deutsche Volkswirtschaft auf dem Spiele steht und daß ein Eingriff der Exzente in die deutsche Substanz für jeden einzelnen „Vorwärts“-Leser genau so verhängnisvoll spürbar werden würde, wie für jeden Großindustriellen oder Kaufmann.“

In Wahrheit stehen nur die Milliardengewinne der deutschen Großkapitalisten auf dem Spiele, die zu einem Teil dem Reich in seiner schwersten Not geopfert werden sollen, wogegen sich die Kapitalisten sträuben. Aber dieses landesverräterische Verhalten der Kapitalisten findet die bürgerliche Presse ganz in der Ordnung. Dafür wettert man um so eifriger gegen die Verzweiflungstaten hungernder Profiteure und hegt gegen sozialdemokratische Minister, bürgerliche Pressemoral.

Danziger Nachrichten.

Unser neuer Roman.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck einer Erzählung von E. Th. Hoffmann, das Majorat. Der Dichter hat sich bei der deutschen Literatur die Bezeichnung „Gespensier“-Hoffmann erworben, weil er in vielen seinen Erzählungen häufig übernatürliche Mächte hineinspielen läßt. Das ist auch in der vorliegenden Erzählung der Fall, die an der allen ostpreussisch-russischen Grenze im 18. Jahrhundert spielt. Hoffmann, der 1776 in Königsberg geboren wurde, kannte das östliche Preussentum wie kaum ein anderer. Seine vorliegende Erzählung, das Majorat, verewigt die Vorgänge dieses eigenartigen deutschen Schriftstellers: spannende Handlung, die einen Anstrich des Schaurigen erhält, treffliche Milieubildung und vorzügliche Charakteristik der handelnden Personen.

Rundschau auf dem Wochenmarkt.

Auf dem Markte macht sich der Dollarmahnsinn in schlimmer Weise bemerkbar. Schwerer denn je wird der Hausfrau der Wocheneinkauf. Die notwendigen Lebensmittel verschlingen ein Monatsgehalt und die Hausfrau steht, wie immer, jetzt vor dem Nichts. Für Eier werden schon pro Mandel 8000 Mark verlangt. Ein Pfund Geflügel kostet 5000 bis 6000 Mark. Spargel 10 000 Mark das Pfund. Eine Gurke soll auch 10 000 Mark kosten. Das Köpfchen Salat preist 200 Mk. Das Suppenbündchen kostet 200—300 Mark. Ein Pfd. Spinat soll noch immer 1200 Mark bringen. Sehr viel Rhabarber wird angeboten, das Pfund zu 350 Mark. Ein Pfund Sauerampfer kostet 500 Mark. Ein Pfund grüne Stachelbeeren preist 2500 Mk. Der markenfreie Zucker dazu kostet nur — 6000 Mark. Gute Butter magt sich des Höchstpreises wegen nicht auf den Markt. Ein Pfund Schmalz kostet schon 12 000 Mark.

Die Fleischpreise übersteigen alles bisher dagewesene. Schweinefleisch kostet 8000 bis 10 000 Mark das Pfund, Rindfleisch 6000 bis 8000 Mark, Hammel- und Kalbfleisch 4000 bis 6000 Mark. Im billigen Stand kostet das Schweinefleisch auch 7000 Mark pro Pfund und Rindfleisch je nach Güte 3000 bis 4000 Mark. Wurst und Käse sind ebenfalls außerordentlich in den Preisen gestiegen.

Nur der Kleeber, der jetzt seine ganze Pracht entfaltet, ist billig zu haben. Es gibt Sträußchen zu 50 und 100 Mark. Topfpflanzen kosten 4000, 5000 und 8000 Mark. Tomatensetzlinge sollen pro Stück 300, 400 und 500 Mark kosten. Maiglöckchenluft läßt auf Augenblicke alle materiellen Sorgen vergehen.

Der Fischmarkt weist auch heute wieder stärksten Besuch auf. Doch auch dort regiert der Dollar. Pommesliten kosten 3000 Mark, Flunders 1300 und frische Heringe 2000 Mark das Pfund. Der Preis für Edel- fische lobt sich zwischen 6000, 7000 und 10 000 Mark aus. Räuchermaale kosten 16 000 Mark, Räucherflunders 6500 Mark und Poppel 5000 bis 6000 Mark das Pfund.

Trotz Sonnenschein und Frühlingsbracht kann angesichts solcher Wucherpreise kein Frohsinn im Herzen der geplagten Menschheit aufkommen. Unermüdlich heist es gegen diese Zustände ankämpfen, um diesem Elend ein Ende zu bereiten. Traute.

Die Verbesserung des Mieterrechtes.

Die Hausbesitzer haben in ihrer letzten Versammlung eine entschiedene Stellung gegen die Einführung des im Reich verabschiedeten neuen Mieterrechtes eingenommen. Vom Standpunkt der Mieter muß die heute im Reichsrat bestehende gesetzliche Regelung des Mietwesens als vollkommen unzulänglich bezeichnet werden. Sie haben daher alle Veranlassung, sich energisch für die Vervollständigung und Verbesserung des Mieterrechtes im Hinblick auf die Regelung im Reich einzusetzen. Das neue deutsche Mieterrecht bringt eine grundlegende Änderung des bürgerlichen Rechts. Zunächst in das Kündigungrecht grundlegend geändert. Heute kann der Vermieter noch „kündigen“, das heißt, er kann von dem ihm nach Vertrag oder Gesetz zustehenden Rechte Gebrauch machen, das Vertragsverhältnis für einen bestimmten Termin durch einseitige, willkürliche, keiner Begründung bedürftige Erklärung aufzulösen; der bisherige Mieter hat aber dieses Recht schon dadurch eingebüßt, daß er den Vermieter zwang, sich bei seiner Kündigung, dem Mieter einigungs- artig, unter Angabe von Gründen, die die Kündigung zur Begründung zu geben, andernfalls keine Kündigung rechts- unzulässig war, dem Mieter gegenüber gab es aber nach wie vor die „Kündigung“ ohne Angabe von Gründen. Der Mieter hatte kein Recht, die Kündigung zurückzuweisen. Vom 1. Oktober an gibt es im Reich überhaupt eine „Kündigung“ durch den Vermieter nicht mehr. Soweit sich die Parteien nicht über die Begründung des Mietverhältnisses einig sind, gibt es nur noch die Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses und die Entscheidung des Richters über die Begründung. Der Mieter kann von sich aus auch weiterhin kündigen, soweit er nach Vertrag oder Gesetz ein Kündigungs- recht hat.

Die Entscheidung über die Kündigung unter- liegt vom 1. Oktober nicht mehr dem Einigungsamt, sondern einem benannten Richter. Dieses besteht aus dem Amtsrichter unter Beteiligung von mindestens zwei Beisitzern, die je zur Hälfte Vermieter und Mieter sein müssen. Das so gebildete Mietgericht — vor das in Verbindung mit der Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses auch andere Miet- verhältnisse der Parteien gebracht werden können — ent- scheidet nicht nur über die Klage, ob die Aufhebung des Mietverhältnisses genehmigt werden soll oder nicht, sondern kann den Mieter in Hinsicht der vertraglichen Verein- barungen der Parteien und des Gesetzes gleichzeitig auch zur Räumung des Mietraumes verurteilen.

Wenn das Urteil des Mietgerichts abt, es aber, was beim Mietverhältnis meist der Fall ist, ein großer Mangel empfunden wurde, eine Verletzung an das Landgericht. Auch wird die Zwangsversteigerung grundsätzlich von dem Vor- stand eines amtsgerichtlichen oder außergerichtlichen Erlaßraumes abhängig gemacht. Ueber die Zulässig- keit der Zwangsversteigerung entscheidet das Gericht, über die Dauer, ob der Erlaßraum anzuwenden oder auszuheben ist, entscheidet das Amtsgericht, letzteres hier unanfechtbar.

Die Aufhebung eines Mietverhältnisses kann vom Mietgericht nur erfolgen, wenn folgende Gründe vorliegen: erhebliche Verletzung des Vermieters oder eines Mitbewohners, unangemessener Gebrauch des Mietraumes oder Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt und dadurch

erhebliche Gefährdung des Mietraumes oder des Gebäudes; unbefugte Ueberlassung zum Gebrauch an einen Dritten; Zahlungsverzug in einem bestimmten Umfang; schließlich auch besonderen Gründen bei Überwiegendem Interesse des Vermieters an der Wiedererlangung des Mietraumes, wenn die Vorentscheidung auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter dar- stellen würde. Mit Ausnahme des Grundes, der durch den Zahlungsverzug gegeben ist, handelt es sich bei allen übrigen Gründen um Ermessensfragen; das Mietgericht muß nach billigem Ermessen den Grad der Verletzung des Mieters (dabei auch die Rücksicht des Vermieters) bzw. den Grad des Überwiegens der Interessen des Vermieters gegenüber den Interessen des Mieters feststellen. Hat der Mieter trotz also seinerseits die Garantie, daß er die Aufhebung des Miet- verhältnisses nur bei dem Vorliegen ganz bestimmter Gründe zu gewärtigen hat, so steht ihm andererseits bei dem Vor- liegen der Kündigungsgründe aber auch ein Recht des Ver- mieters auf Auflösung gegenüber.

Wenn auch diese Neuordnung nicht in allen Punkten den Anforderungen der Mieter entspricht, sondern teilweise auch eine Vervollständigung der Vermieter mit sich bringen wird, so hat die Mieterchaft doch ein erhebliches Interesse an der Ver- besserung des jetzigen Zustandes, und darum muß sie neben der Abwehr gegen neue ungerechte Belastungen auch in dieser Hinsicht den Kampf aufnehmen.

Die Vorberatung neuer Steuergeetze.

Der Steuerauschuß des Volksrates beriet am 1. Juni eine Eingabe des Landesverbandes der Gastwirte wegen Abän- derung des Biersteuergeetzes. Die Vorlage war zur nochmaligen Beratung aus der Kommission des Volksrates an den Ausschuh zurückverwiesen worden. Die Eingabe ver- langte, daß die Grundlage der Steuerberechnung für die Gast- wirte günstiger gestellt wird. Es sollte nicht von 90 000 Mark für das Dekoliter ausgegangen werden, wie im Biersteuer- gesetzentwurf vorgesehen, sondern der erheblich höhere Tages- preis bei Inkrafttreten des Gesetzes sollte als Ausgangs- punkt für das Steuerverhältnis zur Anwendung kommen. Hierfür lehnten sich die Deutschnationalen ein. Um Arbeits- losigkeit in der Brauerei-Industrie zu verhindern, stimmte auch die vereinigte sozialdemokratische Fraktion dafür. Die Eingabe wurde dem Senat zur Berücksichtigung überwiesen.

Nachdem erfolgte die erste Beratung eines Gesetzesentwurfs zur Vervollständigung des Zuckersteuergesetzes. Bei der Vorberatung stellte sich heraus, daß die Vorlage zur Vor- aussetzung ein Gesetz über die Zuckerbewirtschaftung habe. Der seitherzeit vom Senat dem Volksrat unterbreitete Ent- wurf war von letzterem wegen Unzulänglichkeit abgelehnt worden. Wenn kein derartiges Gesetz zustande kommt, so wird es nur Zucker im freien Verkehr zu ungeheuren Preisen geben. Der Regierungsvorsteher wußte nicht zu sagen, ob und wann der Senat einen entsprechenden Gesetzesentwurf über die Zuckerbewirtschaftung vorlegen wird. Es wäre bereits jetzt hohe Zeit hierfür. Da der Senatsvorsteher meinte, es sei wohl zu erwarten, daß der Senat der Bevölkerung Er- nährungsfragen zur Verfügung stellen werde, sonst aber keine klaren Auskünfte zu geben vermöchte, hatte er keinen Sinn weiter, das Zuckersteuergesetz zu beraten, so daß Beratung dieses Beratungspunktes erfolgte.

Dann wurde das Grundmehlfteuergesetz in der ersten Ausdehnung weiterberaten. Dieses Gesetz soll an Stelle des Erwerbssteuergesetzes und des Vermögens- steuergesetzes treten. Der Grundmehlfteuergesetz, der Steuerhinterziehung bei Veräußerungen von Grundstücken durch sog. „Verkauf unter dem Tisch“ muß entgegengetreten werden. Daher soll die Grundmehlfsteuer von dem „ge- meinen Wert“ des Grundstücks zurzeit des steuerpflichtigen Rechtsganges berechnet werden. Breitere Erörterung fand die Begriffsbestimmung „der gemeine Wert“. Als be- sondere Sicherung wird erreicht, die Berechnung der Gemeinden auf ein Vorkaufrecht von Grundstücken bei Verkäufen unter besonderen Bedingungen gesetzlich festzulegen. Damit wür- den zum ersten Male bodenreformerische Ideen, wie sie auch in unserer Verfassung vorgesehen sind, in einem Gesetz der freien Stadt zur Anwendung gelangen. Außer den Städten Danzig und Köpenick sollen auch die Orte Oliva, Ohra, Neu- reich und Tienhof, also alle Gemeinden, die eine eigene Steuerverwaltung haben, mit fünf Zehnteln der zur Erhebung gelangenden Grundmehlfsteuer bedacht werden. Die erste Sitzung des Entwurfs wurde im Auschuß beendet. Nun erfolgt Stellungnahme der Fraktionen, dann werden die Be- ratungen fortgesetzt.

Eröffnung des Wintergartens.

Es ist alte Danziger Tradition, daß mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit der Wintergarten seine Pforten öffnet. Er hat sich im Laufe der Jahre eine zahlreiche Ge- meinde geschaffen. Das Eröffnungsprogramm, das gestern zum ersten Male gegeben wurde, zeigte eine starke Senso- tion. Zwei junge Damen betreten die Bühne, auf der eine auseinanderklappbare Kiste steht. Die eine von ihnen läßt sich von Männern aus dem Publikum an eine Wand des Gartens stellen, der dann verschlossen und, von allen Seiten frei, auf ein Geheiß gelöst wird. Ein Entrinnen der Ein- geschlossenen erscheint unmöglich. Gut ein Duzend Männer beobachten aus nächster Nähe was vor sich geht. Die zweite Dame höst dann freudig und quer breite Messer durch die Kiste, die nach oben hin quer durchgeht. Man möchte schreien, daß niemand in dem Behälter sein kann und doch verläßt einige Augenblicke später die junge Dame lächelnd den unbefindlichen Kasten. Man steht vor einem Rätsel und doch wird auch hier mit Wasser gekocht. Und es soll ganz einfach sein, so erklärte menschen eine der jungen Damen, die sich 2 Reiter nennen. Leider wurde die lebens- würdige Erklärung in der flotten Marschmusik der Kapelle unverständlich. Gestalt hier ein Trick der Aufmerksamkeit des Publikums im höchsten Grade, so erzielten die 4 Mit- lonen das gleiche durch Kraft und Gewandtheit bei ihren plastisch-vomnastischen Reueiten. Die Reaktionen werden höchsten Lob und verursachten könnischen Beifall, der zur Au- nahme zwang. Leo Welter ist einer der wenigen Amateu- ren, die das Publikum aufs beste unterhalten, ohne sich in Manövern zu verlieren. Sein zeitgemäßer Vortrag über den schlaenden Dollar stand weit über dem sonst an Unter- haltungsakten Gebotenen. Viel Anklang fand auch die Doretten-Diva Daisy Heart in ihrem Verwandlungs- akt. Die Tanzkapelle hat in Rofel Carlo eine würdige Vertreterin gefunden. Deimos karikiert Charlie Caplin und andere Typen. Charlie Foubert produziert sich als gewandter humorvoller Rechner. Eröffnet wurde das Programm durch eine junge Kaufhausdame, die in eleganter Aufmachung neue Tricks auf diesem Gebiete der akrobatischen Kunst zeigte. Den Schluß bildete Dardn-Dardn, die in ihrem komischen Konvulstakt die Bühne in einen Outland verwandelte. Die Kapelle, unter der straffen Leitung Hans Glöckners hat Gutes und gab dem Ganzen eine Um- rahmung, die sie dem Reiz und zwar dem guten Ma- riet, eigen ist.

Schleppzug im Schornsteinbergwerke. Am gestrigen Tage fand unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Schlei- pungsbeirates Dr. Dornmayer eine Sitzung des Tarifkom- ites für das Schornsteinbergwerk statt, das einen Schlei- pungs dahin fällt, daß auf die zuletzt gezahlte Höhe eine Zulage von 60 Prozent erfolgt, demnach würde der Wochen- lohn für einen Schornsteinfeger 138 000 Mark betragen. Beide Parteien, die Gesellen durch den Deutschen Bau- gewerksbund vertreten, werden heute über die Annahme oder Ablehnung des Schleiptionsentschieden.

Eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit legte die Polizeiwach- tung gegenüber einem vom Unglück betroffenen Polstills, beannten namens Sch. an den Tag. Dieser wurde vor einiger Zeit in der Ausübung seines Dienstes auf der Schärei von mehreren Mowds überfallen und mit Stöcken und Messern schwer zugerichtet. In diesen Verletzungen hat der Beamte noch heute schwer zu leiden. Trotzdem brachte es die Poli- zebörde fertig, den Mann zu künden und zu entlassen. Die Kündigung wurde von dem früheren Major Wagner ohne Rücksicht der Angelegenheiten ausgesprochen. Dieser deutschnationalen Herr steht sich über die Mitbestimmung der Beamten, um die er sich sonst sehr bemüht, um sie für seine militärischen Spielereien einzufangen, glatt hinweg. Diese Rücksichtslosigkeit gegenüber einem Mann, der dem Soldaten seine gefunden Knochen gespart hat, dürfte zwar dem patriotischen Kameradschaftsgefühl und der „sozialen“ Auf- fassung dieses Militaristenhauptlings entsprechen, bei einer Behörde kann jedoch eine solche Handlungsweise nicht schief genug verurteilt werden. Es kommt der Polizeibehörde sonst doch durchaus nicht auf die Versorgung der höher gestellten Beamten an, und ist es darum um so brutaler, einen im Dienst zu Schaden gekommenen Angestellten einfach dem Hungertode zu überantworten.

Wochenspielfest des Danziger Stadttheaters. Sonntag, Neu einführt! „Ein Walzertraum“; Montag (A 1) „Der stiegende Holländer“; Dienstag (B 1) Neu einführt! „Die spanische Fliege“; Mittwoch (D 1) „Mensch und Katze“; Freitag (E 1) „Martha“; Sonnabend (A 2) „Die spanische Fliege“; Sonntag, Neu einführt! „Die toten Augen“. Die Sonntag-Abend-Vorstellungen beginnen jetzt um 7 1/2 Uhr.

An Erwerbslosenunterstützung sind in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Gmünd in der Woche vom 19. bis 25. Mai 1923 492 688 Mark an 52 Personen gezahlt worden, gegenüber 788 348 Mark an 40 Personen der Vorwoche.

Auf dem Holzfeld schwer verunglückt ist gestern mittag gegen 2 Uhr der 21 Jahre alte Arbeiter Paul Schöster, wohnhaft Voggenpohl 67. Er war auf dem Holz mit dem Verladen von Holz beschäftigt, wobei durch einen unglück- lichen Zufall ein Holzstiel so heftig gegen seinen Kopf prallte, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verletzte wurde bewußlos in das städtische Krankenhaus geschafft.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren wurde gestern nachmittag im Volkengang in Ohra der 52 Jahre alte Ar- beiter Franz Klein aus Langfuhr, der bei der Firma Nobel beschäftigt war. Er war mit dem Abfahren von Kohlen beschäftigt. Im Volkengang fiel er vom Wagen, wurde überfahren und erlitt so schwere Verletzungen des rechten Beines, daß mit dem Verlust des beschädigten Gliedes an- rechnen ist.

Schwengeordnete Pferde richteten gestern nachmittag in Rappot schweres Unheil an. Ein Lastwagen der Firma Eilennad fuhr, beladen mit Eisenröhren und Stangen, die Schrägtrabe herunter. Die Pferde wurden plötzlich scheu. Der Fahrer wurde vom Bock gerissen und ein Stück mit- geschleift. Durch einen Eisenstiel in der Danziger Straße wurde das dahinfahende Fuhrwerk endlich aufgehalten. Der Fahrer hatte schwere Verletzungen davongetragen und schwebt in Lebensgefahr.

Polizeibericht vom 2. Juni 1923. Festgenommen 25 Per- sonen; darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Schlägerei, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Schlägerei, 1 wegen Betruges, 2 wegen Uebertretung, 2 laut Haftbefehl, 8 zur Festnahme aufgegeben, 8 in Polizeihast, 1 Person obdachlos.

Standesamt vom 2. Juni 1923.

Todesfälle. Rentier Julius Stuhlmaier, 84 J. 3 Mon. — Annaide Pauls Tausch, 72 J. 3 Mon. — Gehilfin Elisabeth Kufisch, 17 J. 2 Mon. — Gerichtsvollzieher a. D. Rudolf Barth, 81 J. — Zahnarzt Stanislaus Karczewski, 2 J. 3 Mon. — Kaufmann Richard Schäfer, 60 J. 2 Mon. — F. d. Arb. Heinrich Maschke, 7 J. — Wirtsha- fterin Anna Kuchel als Geschwist, 51 J. 5 Mon. — Frau Bertha Grünig, geb. Anner, 45 J. 6 Mon. — Ungeb. 1 Sohn, totes, und 1 Tochter.

1 Dollar 80 000 Mk.,

1 Pol.-Mk. 1,42 Mk., 1 engl. Pfd. 370 000 Mk.

Jetzt ist die beste Zeit

neue Abonnenten für die „Volksstimme“ zu werden. Wer will, daß dem Bucher kräftig zu Leibe gerät und die privat- kapitalistische Profitwirtschaft durch eine soziale Gemein- wirtschaft ersetzt wird, der muß für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Presse sorgen. Sie unterrichtet sachlich und schnell über sämtliche politischen und wirtschaftlichen Vorgänge sowie über alle Tagesereignisse. Sie ist die beste Kampferin für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Man lasse in Bekanntenkreisen nachgehenden Bestellzettel ausfüllen.

Der Unterzeichnete bezieht hiermit bis auf Widerruf die „Danziger Volksstimme“ zur täglichen Lieferung frei ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

Straße Nr. _____

vorn — Hof — Querstr. — Seitenstr. — Tr. links — rechts

bei _____

Danziger Nachrichten.

Neue Ehre für die Hafenarbeiter.

Die Hafenarbeiter hatten eine Erhöhung des bisherigen Tagelohns von 84 000 auf 99 000 Mark beantragt. Die Verhandlungen, die am gleichen Tage stattfanden, zitierten eine Erhöhung des Tagelohns auf 42 000 Mark. Die ersten beiden Verhandlungen wurden mit 10 500, die folgenden mit 11 500 Mark, die Sonntagsstunden mit 13 150 Mark je Arbeitsstunde bezahlt. Die Schmutzulage ist auf 2300 Mark, das Stiefelgeld auf 4700 Mark erhöht worden. Der Stundenlohn für die Frauen beträgt 2300 Mark. In zwei gut besuchten Versammlungen wurde dem Verhandlungsergebnis, das für die Zeit vom 2. bis 15. Juni Geltung hat, zugestimmt.

Bureaubedarfsmesse mit Schreibmaschinenverkauften. Unter Führung der Ortsgruppe Freistadt Danzig des Reichsverbandes der Bureaumaschinen-Händler und unter Einwirkung des Verbandes für den Papier- und Schreibwarenhandel und des Vereins der Buchdruckereibesitzer im Gebiet der Freien Stadt Danzig soll in den Tagen vom 23. bis 30. September dieses Jahres in den Räumen des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses eine Verkaufsfahrt der obigen Organisationen unter der Leitung der Danziger Bureaubedarfs-Messe stattfinden. Die Messe soll einen Überblick über alle Artikel geben, die ein moderner kaufmännischer Betrieb benötigt, wenn er in seinem Bureau der heutigen Zeit Rechnung tragen will. Von der Stahlfeder bis zur Schreibmaschine, vom Briefbogen bis zur Kiste, vom Arbeitsstisch bis zum raffinierten Diplomatenschreibstisch. Als Aussteller werden nur die Mitglieder der obengenannten Organisationen zugelassen. Um aber auch der jungen Danziger Industrie Gelegenheit zu geben, in das Fach schlaende Erzeugnisse auszustellen, sind Ausnahmen zugelassen. Hervorgehoben sei, daß es sich nicht um eine Messe für Wiederverkäufer, sondern für die Verbraucher handelt. Mit der Danziger Bureaubedarfs-Messe wird erstmals ein Schreibmaschinen-Verkauf um die Weite der Freien Stadt Danzig verbunden werden. Über Einzelheiten werden wir noch berichten.

Die Fahrverhältnisse bei Großschiffen. Am 26. Mai fand im Ostbau des Hafens in Großschiffen eine Beratung statt über die Aufrechterhaltung der Fahrverbindungen über die Elbinger und Königsberger Weichsel bei Großschiffen. In dieser Versammlung hatte sich eine große Anzahl von Interessenten eingefunden. Landrat Walzer gab der Versammlung bekannt, daß der jetzige Fahrbestand trotz Erhöhung des Fahrpreises sich außerordentlich gut halten ließ. Er erklärte, daß die Aufrechterhaltung der Fahrverbindungen nicht nur örtliche Bedeutung habe, sondern wegen der Verbindung der Stadt Danzig über den Kreis Danziger Niederung mit dem Kreis Großer Werder und Marienburg von allgemeinem öffentlichen Interesse sei. Der Staat müsse deshalb in solchen Fällen wenigstens mit Beihilfen eintreten. Um zunächst sobald wie möglich wieder geordnete Fahrverhältnisse herbeizuführen, erklärten sich die anwesenden Interessenten der Danziger Niederung bereit, zu den einmaligen Anstandsgebühren der Fahrten eine Hälfte aus eigenen Mitteln aufzubringen, unter der Voraussetzung, daß die andere Hälfte von den Interessenten des Kreises Großer Werder aufgebracht werde. Die Interessenten waren einstimmig der Ansicht, daß infolge

der Wichtigkeit der in Frage stehenden Verkehrsfrage Danzig-Marienburg, die infolge der erheblichen Verkehrsbeschränkungen auf der Elbabahn und auch wegen der hohen Kosten des polnischen Wagens in der letzten Zeit noch in ihrer Bedeutung als Hauptverkehrsader des Freistaates gestiegen ist, die Erhaltung je einer Brücke über die Abzweig- und Elbinger Weichsel von größtem öffentlichen Interesse sei und erklärte sich bereit, auch zu einem Brückenbau erhebliche Geldopfer beizutragen. Die beiden anwesenden Volksstabsabgeordneten Reiberg (Soa.) und Dörfel (Dn.) erklärten sich bereit, nach besten Kräften für die Verwirklichung der Pläne einzutreten.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig.

Dienstag, den 5. Juni, abends 7 Uhr, in der Aula der Petrischule, am Hauptplatz.

Große Mitglieder-Versammlung

aller Danziger Stadtbezirke.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Dr. Hirt „Der Internationale Kongress in Hamburg“. 2. Freie Aussprache.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt das Erscheinen aller Mitglieder.

Der Landesvorstand.

Der wachsende Fremdenverkehr Danzigs. In der Woche vom 20. bis 26. Mai waren insgesamt 2381 Fremde polizeilich gemeldet; davon aus Polen 1098, Deutschland 958, Amerika 10, Rußland 86, Frankreich 26, England 21, Holland 17, Dänemark 16, Österreich 16, Litauen 15, Lettland 13, Tschechoslowakei 11, Norwegen 10, Memel 7, Rumänien 6, Bulgarien 5, Schweden 5, Ungarn 4, Italien 2, Schweiz 2, Türkei 2, Ukraine 2, Belgien 1, Brasilien 1 Spanien 1.

Der Hafenverkehr in der vergangenen Woche weist einen erheblichen Rückgang auf. Nur 54 Fahrzeuge suchten den Hafen auf, während die Vormache 88 Eingänge aufwies. Auf einen Rückgang des Ladungsangebots weist der Umstand hin, daß sich die Zahl der leer einlaufenden Fahrzeuge von 87 auf 14 vermindert hat. Auf ein Nachlassen des Seeverkehrs deutet auch die Zunahme der leer auslaufenden Schiffe hin, ihre Zahl erhöhte sich von 16 auf 26. Von den eingelaufenen Schiffen führten 4 die Danziger, 23 die deutsche, 4 die dänische, 4 die norwegische, 3 die englische, 3 die schwedische, 2 die französische, 2 die holländische, 2 die polnische und 1 die lettische Flagge. Bemerkenswert ist, daß die Verwendung von Motorschiffen und Motorreglern im Verkehr mit Danzig stark zunimmt. Von den einlaufenden Schiffen hatten 18 Stückgut geladen, 2 Seefischer brachten Mehl aus Bremerhaven. Die Ladung eines Dampfers bestand aus Mehl und Kakao. Der neue Danziger Dampfer „Vertrauen“ brachte Perlinge. Weitere Schiffsladungen bestanden aus Eisen, Holz, Papiermasse, Del, 2 kleine Motorregler brachten Spirit 5 Schiffe hatten Passagiere und Stückgut an Bord. Die Zahl der ausgehenden Schiffe stieg von 70 auf 78. 20 Fahrzeuge verließen mit Holz den Hafen. Je 1 Ruderladung ging nach England, Frankreich und Finnland. Nach Marienburg und Königsberg brachten 5 Motorregler Gerste. 13 Schiffe hatten Stückgut geladen. Ein norwegischer Dampfer verließ den Hafen mit Stückgut für Petersburg. Nur Passagiere an Bord hatten 4 Dampfer, mit

Passagieren und Stückgut liefen 6 Schiffe aus. Von den auslaufenden Schiffen zählten 4 die Danziger, 4 die deutsche, 8 die dänische, 4 die schwedische, 3 die englische, 2 die französische, und 1 die polnische Flagge. Der Passagierverkehr zeigte einen kleinen Rückgang auf, was auf die Einstellung des Reiseverkehrs anlässlich des Pfingstfestes zurückzuführen ist. Es kamen von Schweden 197, von Polen 405 Passagiere, es gingen nach Schweden 192, nach Polen 527 Personen. 3089 polnische Streikarbeiter für das Ruhrgebiet wurden nach Danzig transportiert. Nach New York schifften sich 88 Passagiere ein.

Berichtungs-Anzeiger

Anzeigen für den Berichtungs-Kalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, am Spandauer Platz, gegen Entgelt angenommen. Gelddruck 200. - 200.

Verein Arbeiter-Jugend, Ortsgruppe Danzig. Sonnabend und Sonntag: Beteiligung an den Veranstaltungen des Arbeiter-Sportvereins, Sonntag abend im Jungsozialistenheim: Gymnastik.

D.M.B. Elektriker. Sonnabend, den 2. abends 7 1/2 Uhr. Tischlerstraße 40: Branchenversammlung.

Arbeiter-Jugendbund, Freistadt Danzig. Sonntag, abends 7 Uhr, im Heim der Jungsozialisten: Allgemeiner Musikabend sämtlicher Ortsgruppen.

Freie Turnerschaft Danzig. Alle Turngenossen, die die Statute mitlaufen, müssen morgen früh 7 1/2 Uhr im Sportplatz (Schwarze Hofe, weißes Feld) antreten. 8 Uhr Einstellung der Turner in der „Dübba“, Ohra. (1900)

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Vertrauensleute und Betriebsausschussmitglieder aller freien Gewerkschaften der Danziger Werft und Eisenbahnhauptwerkstatt. Montag, den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Heim der Jungsozialisten: Gemeinsame Vertrauensleuteversammlung. Tagesordnung: Sonntagsfeier. Jeder Vertrauensmann muß in der Versammlung anwesend sein.

D.M.B. Klempner, Heizungs- und Kälteanlagen. Montag, den 4., 6 Uhr abends: Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 70.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Im Montag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der Aula der Petrischule, Hauptplatz.

Öffentliche Versammlung der Holzarbeiter Danzigs. Tagesordnung: 1. Der 1. Mai und die gewerkschaftlichen Verhältnisse. Referent: Fritz Spill. 2. Freie Aussprache. (7991) Die Ortsverwaltung. J. H. Fritz Spill.

Wasserstandsberichte am 2. Juni 1923.

	28. 5.	29. 5.	Kurzbrack	28. 5.	29. 5.
Jowisch	+1,28	+	Montaurenspeise	+0,89	+0,84
Warthau	+1,20	2,5.	Diel	+0,82	+0,77
Plock	+1,04	2,6.	Dirschau	+0,92	+0,86
Thorn	+0,95	+0,94	Einlage	+2,20	+2,30
Köln	+0,95	+0,90	Schleusenort	+2,42	+2,52
Calbe	+	+0,88	Rogat		
Brandenburg	+	+	Schönau D. P.	+6,70	+6,68
			Galgenberg D. P.	+4,60	+4,60
			Neuhofersdorf	+2,20	+2,20
			Anwachs	+	+

Verantwortlich: für Politik Ernst Börsch, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Interate Anton Finken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Gondadiktiner!

Überall erhältlich!

Der wundervolle Edelkür!

Fabrik Danziger Liköre Friedrich & Gonda Danzig, Burgstraße 8 9790 Telefon 635.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ostseebäder

Brösen, Westerplatte und Heubude.

Die städtischen Seebadeanstalten werden am Sonntag, den 3. Juni 1923 eröffnet. Sie sind täglich von 6 Uhr morgens bis Sonnenuntergang in Betrieb. Der Verkauf der Badekarten findet in den hierfür kenntlich gemachten Verkaufsstellen während der Badezeit statt. (1918)

Der Senat.

Städtische Seebäderverwaltung.

Herrenstoffe

direkt ab Fabrik noch sehr billig

Anzug- und Mantelstoffe, 140 cm breit, Meter 15 000,—, 18 000,—, 26 000,—, 36 000,—, 48 000,— Mark usw.

Günstig auch für Wiederverkäufer.

Danziger Tuchhaus

Breitgasse Nr. 31. 9742

Felle aller Art

kauft zu höchsten Tagespreisen 9494

Franz Boss

Holzmarkt 5 — Langfuhr, Hauptstr. 124.

Möbel aller Art

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

sehr preiswert zu verkaufen.

C. Ottenberg, Tischlermeister

Mausegasse 1. Telefon 6522. 9799

Porzellan, Glas, Emailgeschirre

und andere Wirtschaftsgegenstände

stets billig und gut.

Geb. Zegel, Altstädtischer Graben 62

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Möbl. Zimmer

1 bis 2 mit Telefonanschluß sofort zu mieten

gekauft. Zahl in Dollar. Vermittler erhält gute Provision. Angebote unter E 1404 an die Expedition der Danziger Volksstimme. (1)

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldkronen usw. unter voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. 930

Institut für Zahnleidende Pflasterstadt 71 Durchgeh. Sprachrohr, 8-7 Uhr

Maurer werden einge-

stellt. Meldg. Altstädter 48/49, Bau-gesellschaft Dr. (9808)

Schneider-

lehrling

kann sich melden. (9808)

Otto Klee, Schneidermeister, Heilige Geistgasse 34.

Kaufbrüchen

gesucht. (977)

Frangischauer-Druckerei, Kettelhagergasse 3.

Saubere

Weißzeugwäscherin

auf 8 Tage fürs Haus gesucht. Off. u. V. 1417 a. d. Exped. d. Volksstimme. (1)

Schäferhund,

wachsam, zu kaufen ge-

sucht. Angeb. u. E 1407

an die Expedition der Volksstimme. (1)

Leeres Zimmer od. Man-

sarde ges. Ang. u. V. 1416

a. d. Exp. d. Volksst. 9801

Möblierte Zimmer,

möbl. Wohnungen,

Büro- u. Lagerräume

Geschäftslokalen sucht

Priv.-Wohn.-Nachweis

Mallon, Pfefferstadt 5.

Für Vermieter kostenlos. Tel. 7068. 9337

Mittagstisch

empfehl. billig u. gut (1)

Penken Moorwald, Dorfstr. Graben 44 b.

Siele Mil. Mark!

aus in kl. Abchnitten auf

Handband, Wechsel usw. zu

vergeben. R. Liedtke,

Paradiesgasse 2-2. (9361)

Schürzen-Direktice

und Schürzenmacherinnen

gekauft. Nur gute Kräfte können berücksichtigt

werden. Angebote unter E. 1388 an die Expedition

der Volksstimme. (1)

Ich hab's

gefunden

die gute Ware

erhält die Schürze

viele Jahre.

Hersteller: Urbin-Werke, G. m. b. H.,

Danzig am Tröyl, Fernsprecher 5305. (9339)

Zigarren- und Tabakfabrik

B. Schmidt Nachf. Inhaber: Leonhard Mundt

Danzig-Oliva

Schaffnerstraße 9. Telefon Nr. 16



Räucher Schnupftabak



Fabriklager in Danzig:

Carl Conrad

vorm. R. Klaw

Altstädtischer Graben 106

Kulawski, Karthäuser Straße Nr. 113

